



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Asylpolitik - Dringende Maßnahmen in Bayern jetzt gezielt umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag anerkennt und würdigt die großartige Leistung der Ehrenamtlichen und der Kommunen zur Bewältigung der Asylsituation und zur Sicherstellung einer humanitären Flüchtlingspolitik. Jetzt gilt es, geeignete Maßnahmen zu finden und umzusetzen, um weiterhin sicherzustellen, dass die nötige Hilfe bei den Bedürftigen ankommt und gleichzeitig die Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit nicht überstrapaziert wird. Das Hauptaugenmerk ist hierbei auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu richten.

Als dringende Sofortmaßnahmen sind deshalb umzusetzen:

- Stärkung der Stellen zur Koordinierung der im Bereich Asyl ehrenamtlich Tätigen;
- schnellere Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen mit Bleiberecht;
- Schaffung von mehr sozialem Wohnraum um Konkurrenz mit Einheimischen zu vermeiden;
- finanzielle Unterstützung der Kommunen im Sinn des Konnexitätsprinzips, insbesondere auch für nötiges zusätzliches Personal (Verwaltung, Erzieher, Sozialarbeiter etc.);
- mehr Personal um die Umsetzung des Asylrechts einschließlich schnellerer Abschiebung für Menschen ohne Bleiberecht zu gewährleisten und einer Überforderung staatlicher Stellen abzuwenden (mindestens 50 zusätzliche Verwaltungsrichter, mehr Personal bei Polizei, ggf. Landratsämtern/Ausländerbehörden etc.).

Begründung:

Deutschland anerkennt das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte, die aktuell dramatisch steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern, von denen viele kein Asylrecht genießen, erfordert unaufgeregtes aber zielgerichtetes Handeln, um auch weiterhin Hilfe für Bedürftige sicherzustellen. Hierbei ist Bayern gefordert, die in seiner Handlungshoheit stehenden Möglichkeiten umzusetzen.